



Scheinlösung Zuwanderung: Kurzfristig Profit, langfristig Probleme

Zitat der Wochen 35-36 / 2010

Renate Schmidt: Stabile Familien mit Kindern statt Zuwanderer

„Deutschland hat nicht zu viele Alte, wie es häufig postuliert wird, sondern Deutschland hat zu wenige Kinder. [...] Was dies für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, für Forschung und Technologie und für uns selbst mit unserem hohen Bedürfnis nach Dienstleistungen bedeutet, haben wir uns bisher zu wenig vorgestellt. Die OECD geht davon aus, dass angesichts des demographischen Trends – vorausgesetzt es werden keine gegenläufigen Maßnahmen ergriffen – in der Europäischen Union die jährliche Wachstumsrate ab dem Jahr 2015 um etwa 0,5 Prozentpunkte reduziert sein wird. Und im Jahr 2025 wird überhaupt nur noch ein halbes Prozent Wachstum erreicht werden können. Der angebliche Rettungsanker „Zuwanderung“ wird das Problem nicht lösen können, denn um den heutigen Altersaufbau zu halten, müssten jährlich (netto) 3,5 Millionen Menschen nach Deutschland einwandern. Wer mittel- und langfristig Innovationsfähigkeit und Wachstum sichern will, muss mit dafür Sorge tragen, dass es viele stabile Familien mit mehr Kindern gibt!“

Renate Schmidt: Nachhaltige Familienpolitik – für eine Zukunft mit Kindern, S. 13-19, in: Jürgen Flöthmann/Charlotte Höhn (Hrsg.): Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik. Schriftenreihe der DGD, Bd. 1, Norderstedt 2007: BoD, S. 14.

Nachricht der Wochen 35-36 / 2010

Scheinlösung Zuwanderung: Kurzfristig Profit, langfristig Probleme

In dieser Frage sind sich Wirtschaftslobbyisten und tonangebende Medien einig: Deutschland braucht mehr Zuwanderer (1). Für Medienintellektuelle verbindet sich damit der Glaube an eine „weltoffene“, multikulturelle Gesellschaft, für Unternehmen der Wunsch nach mehr Fachkräften und Profit. Für Unternehmen ist es stets bequemer, Arbeitskräfte von der Stelle weg einzustellen, als sie selber auszubilden. In dem Maße, wie preisgünstige Arbeitskräfte im Inland rar werden, verstärkt sich der Ruf nach Zuzug aus dem Ausland. In der Nachkriegszeit wurden deshalb Millionen von Gastarbeitern zunächst aus Südeuropa, dann auch aus der Türkei und Nordafrika angeworben. Schon wenige Jahre später war deren Arbeitskraft durch die

Rationalisierung von Produktionsprozessen oft entbehrlich geworden. Die Migration setzte sich aber durch den Nachzug von Ehegatten, Kindern und Verwandten fort – und endete immer häufiger in den Sozialhilfesystemen (2). In Deutschland, wie auch in Frankreich, Großbritannien oder den Benelux-Staaten, sind Zuwanderer aus „Nicht-EU-Staaten“ im Durchschnitt beruflich schlechter qualifiziert als „Einheimische“, seltener erwerbstätig und deshalb häufiger auf Sozialtransfers angewiesen (3). Für diese Leistungen muss die Allgemeinheit aufkommen, während die einzelnen Unternehmen zuvor von der für sie billigen Arbeitskraft profitieren konnten. Im Gegensatz zur betriebswirtschaftlichen Kurzfristperspektive sieht der volkswirtschaftliche Saldo der Zuwanderung eher negativ aus (4). Noch kritischer als die ökonomische fällt die „Lebensweltbilanz“ vieler Bürger vor allem in Großstädten mit hohem Bevölkerungsanteilen von Migranten aus: Nicht wenige fühlen sich fremd in ihrer Heimat.

In den Medien, im Wissenschaftsbetrieb und selbst in der Politik gilt diese Sicht des „kleinen Mannes“ als unaufgeklärt-xenophob. Als aufgeklärt-rational gilt es hingegen, sich am Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zu orientieren. Eine neue Einwanderungspolitik soll nun Einwanderer zum Vorteil der gesamten Volkswirtschaft künftig arbeitsmarktkompatibel nach Qualifikation auswählen. Hochqualifizierte Zuwanderer sollen den Mangel an jungen Fachkräften beheben; Migration soll also die volkswirtschaftlichen Probleme des deutschen Jugendschwunds und einer defizitären Ausbildung kompensieren. Dass junge Arbeitskräfte ab 2010 immer knapper werden würden, war als Folge des Geburtenrückgangs seit den 1970er Jahren absehbar. Schon damals warnten Bevölkerungsökonominnen eindringlich davor, in der Einwanderung einen „bequemen Ausweg“ zu sehen: Schließlich würden qualifizierte Einwanderer auch „in den Ländern mit Kräfteüberschuss nicht reichlich zur Verfügung stehen“ (5). Seitdem sind die Geburtenraten in vielen „Schwellenländern“ wie dem Iran, der Türkei oder auch Indien drastisch gefallen. Diese Länder altern nicht weniger, sondern sogar noch stärker und schneller als die wohlhabenden westlichen Industrieländer. Diesen immer noch relativ armen Ländern bleibt nur wenig Zeit, um Sozialversicherungen und/oder Kapitalstöcke für die Versorgung der rasch wachsenden Zahl älterer Menschen aufzubauen (6). Um diese Soziallasten zu bewältigen, werden sie die Arbeits-, Leistungs- und Innovationskraft ihrer Jugend dringend selber brauchen. „Sozialpolitische Reservearmeen“ für alternde Industrievölker sind hier nicht zu rekrutieren. Die von Einwanderungsländern wie Kanada praktizierte Strategie, durch selektive Zuwanderung das Qualifikationsniveau ihrer Erwerbsbevölkerung zu verbessern, lässt sich nicht verallgemeinern: Zu begrenzt ist schlicht das Potential an Ärzten, IT-Experten, Ingenieuren oder auch qualifizierten Krankenschwestern in der (noch) kinderreichen „dritten Welt“. Ethisch ist diese Strategie ohnehin zweifelhaft: Setzt sie doch darauf, dass ärmere Länder Arbeitskräfte ausbilden, um den Wohlstand der reicheren Industrienationen zu erhalten. Nachwuchs selber zu erziehen und auszubilden ist bekanntlich mühsam. Dies ist auch ein Grund, warum viele auf Kinder verzichten. Für den einzelnen mehrt die Kinderlosigkeit den Konsumwohlstand. Für die Volkswirtschaft bedeutet sie jedoch weniger Arbeitskräfte, weniger Steuer- und Beitragszahler, weniger Unternehmer und Innovatoren (7). Durch Zuwanderung lässt sich diese „Nachhaltigkeitslücke“ nicht wirksam verringern – ohne eigenen Nachwuchs geht es eben nicht (8).

(1) Ein aktuelles Beispiel hierfür sind Stellungnahmen des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die der Bundesregierung vorwerfen Zuwanderung nicht genügend zu fördern. Vgl.: Hannes Koch: Demographie: Ohne Ausländer geht es nicht, Interview mit Rainer Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 16. August 2010.

(2) Diese Entwicklung ist keine deutsche Besonderheit, sondern z. B. auch in Großbritannien zu beobachten. Siehe hierzu: <http://www.i-daf.org/171-0-Woche-21-2009.html>.

(3) David Coleman: Migration nach Europa: Eine Kritik am neuen Konsens des Establishments, S. 327-340, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 28, Heft 3-4/2001, S. 330; Herwig Birg: Integration und Migration im Spiegel harter Daten, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. April 2009, S. 37.

(4) Vgl.: H.W. Sinn et al: EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration – Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2, München 2001, S. 227; Herwig Birg: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland, Bielefeld 2001.

(5) Die Ökonomin Hilde Wander stellte bereits 1978 bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung fest: „Ein Geburtenrückgang des derzeitigen Ausmaßes erfordert also vermehrte Ausbildungsaufwand und höhere Kapitalinvestitionen, wenn der Ausfall an jugendlichen Nachwuchskräften später höhere Produktivität aufgewogen werden soll. Ihn als eine willkommene Chance für Einsparungen im Erziehungssektor zu nutzen, ist deshalb volkswirtschaftlich gefährlich. [...] Auch die Einwanderung von Arbeitskräften mag in absehbarer Zeit wieder aktuell werden. [...] Nur darf man in Einwanderung keinen bequemen Ausweg sehen. Wir brauchen ja vor allem qualifizierte Einwanderer, die auch in den Ländern mit Kräfteüberschuss nicht reichlich zur Verfügung stehen. Die Einwanderer müssen auf Dauer bei uns bleiben, müssen sich leicht assimilieren und dieselben Bildungs- und Einkommenschancen wie die einheimische Bevölkerung haben. Auch ist zu bedenken, dass bei anhaltender Einwanderung der Anteil der Ausländer vor allem unter den jüngeren Erwachsenen rasch zunimmt, dass sie in einzelnen Altersklassen, Berufsgruppen, Branchen oder Gebietsteilen u. U. schnell die Majorität bilden.“ Siehe: Hilde Wander: Die Folgen des Geburtenrückgangs für Wirtschaft und Beschäftigungssystem, S. 97-106, in: Warnfried Dettling (Hrsg.): Schrumpfende Bevölkerung – Wachsende Probleme? München 1978, S. 105.

(6) Siehe hierzu: <http://www.i-daf.org/303-0-Wochen-19-20-2010.html>.

(7) Obschon die Konsequenzen des Geburtenrückgangs seit den 1970er Jahren absehbar waren, wurde dieser doch lange bagatellisiert oder sogar als vermeintlich vorteilhaft für das Gemeinwesen beschönigt. Siehe hierzu:

<http://www.erziehungstrends.de/Deutschenschwund/gerassic/parc/Geburtenrueckgang>.

(8) Darauf hat schon 2002 ein Europäischer Kongress in Berlin unter dem Titel „Demographie und Wohlstand“ hingewiesen, auf dem Herwig Birg, Hans-Werner Sinn und Paul Kirchhof sowie der Nobelpreisträger Gary Becker Grundsatzreferate hielten und zu dem Papst Johannes Paul II. sowie der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Kanzlerkandidat und Ministerpräsident Edmund Stoiber zum Teil substantielle Grußworte beisteuerten. Siehe den Kongressband „Demographie und Wohlstand – Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft“, herausgegeben von Christian Leipert im Auftrag des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe e.V., Opladen 2003.